



## Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

### **Fürsorge in der Winterzeit ist Menschlichkeit - Energiesperren verbieten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Durch den angekündigten Wegfall der Energiepreisbremsen, der Mehrwertsteuerreduzierung bei Gas und Fernwärme sowie des Bundeszuschusses bei den Stromnetzentgelten kommen auf private Haushalte deutlich steigende Kosten für Energie zu. Diese Preise werden für viele Menschen mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Studierende und Rentner\*innen in Sachsen-Anhalt kaum noch bezahlbar sein. Das führt zu weiteren Energieschulden und im schlimmsten Fall drohen Energiesperren.

Der Landtag spricht sich dafür aus:

1. In einem Nachtragshaushalt des Landes für 2024 einen Härtefallfonds in Höhe von 10 Millionen Euro für von Energiesperren bedrohte oder betroffene Haushalte einzurichten, die aufgrund der hohen Energiekosten bereits Energieschulden haben und denen aufgrund nun befürchteter Preissprünge Sperren von Strom, Gas und/oder Heizung drohen bzw. diese Sperren bereits bestehen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. zur Abwendung drohender Sperren aufgrund von Energieschulden zugleich die Energie- und Schuldnerberatungen des Landes entsprechend weiter auszubauen.
2. auf der Bundesebene dafür zu sorgen,
  - a) dass Strom-, Heizungs- und Gassperren gesetzlich verboten werden,

- b) dass die Stromsteuer auf den Mindestbetrag der EU von 0,1 Cent/kWh abgesenkt wird,
- c) dass die Absenkung der Stromnetzentgelte wie geplant ab 01.01.2024 gilt.

### **Begründung**

In der kalten Jahreszeit sorgen sich die Menschen um steigende Energiekosten. Der angekündigte vorzeitige Wegfall der Strom- und Gaspreisbremsen sowie der Mehrwertsteuersenkung auf Gas und Fernwärme zum Jahresende verunsichern, statt ein Signal für Stabilität und Sicherheit an Verbraucherinnen und Verbraucher zu senden.

Gleichzeitig haben erste Versorgungsunternehmen eine Erhöhung der privilegierten Strompreise für Wärmepumpen zum Jahreswechsel angekündigt.

Dagegen ist eine Reduzierung der Stromsteuer auf das von der EU zugelassene Minimum für die Menschen immer noch nicht in Sicht, während diese Absenkung für die Industrie bereits beschlossene Sache ist.

Auch der geplanten Absenkung der Stromnetzentgelte droht aufgrund des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts das Aus.

Damit werde das Chaos um den Bundeshaushalt einseitig zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen, kritisierte kürzlich der Bundesverband der Verbraucherzentralen. Menschen mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Studierende und Rentner\*innen sind in Sachsen-Anhalt überproportional stark von den hohen Energiepreisen betroffen. Sie benötigen dringend eine wirksame Entlastung.

Energiearmut und Energiesperren waren bereits vor der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg ein Problem für viele Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch Haushalte mit mittleren Einkommen geraten zunehmend in finanzielle Nöte. Vielen Menschen drohen durch bereits angehäuften Energieschulden trotz der Entlastungsvorhaben Sperren von Strom und Heizung.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitz